

Newsletter

Ausgabe 01/2025

Februar



Bitte diese Information an die Gleichstellungsbeauftragte weiterleiten!

Termine:

- **Save the date: Frühjahrssitzung der LAG-LGG am 6. Mai 2025**
- **Interessante Seminare aus dem ZWW für Gleichstellungsbeauftragte**
 - Seminar:** Arbeitsrecht für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte (Grundlagenseminar)
(13./14.05.2025)
 - Seminar:** Diversity-Kompetenz – Sensibilisierung für den Umgang mit Vielfalt (11.06.2025)
 - Seminar:** Sexuelle Belästigung und Diskriminierung am Arbeitsplatz (05.08.2025)

News:

- Podcastreihe Hinschauen! – Unterstützung von Personen, die von sexueller Belästigung betroffen sind
- Menschenrechtsinstitut mahnt zu mehr Schutz von Frauen
- Bundestag beschließt Entwurf eines Gesetzes für ein verlässliches Hilfesystem bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt
- Neue Zahlen zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen in Deutschland
- 6. Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes des Landes Rheinland-Pfalz

Termine:

Save the date: Frühjahrssitzung der LAG-LGG am 6. Mai 2025

Zu ihrer Frühjahrssitzung kommen die behördlich wirkenden Gleichstellungsbeauftragten in Rheinland-Pfalz am 6. Mai 2025 auf dem Campus der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz zusammen.

Die Einladung finden Sie zur entsprechenden Zeit im internen Bereich unserer Homepage. Darin sind die Tagesordnungspunkte der Sitzung enthalten. Bitte beachten Sie, dass Sie nur mit einem gültigen Benutzernamen und Passwort auf den internen Bereich Zugriff haben. Falls Sie noch keinen Zugang zum [internen Bereich](#) haben, können Sie diesen bei der Service- und Vernetzungsstelle beantragen.

Weitere Informationen erhalten Sie im Frühjahr 2025.

Neue Seminare im Weiterbildungsstudium „Gender Working – Gleichstellung im Beruf“

Seminar: [Arbeitsrecht für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte \(Grundlagenseminar\)](#)

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind u. a. Ansprechpartnerinnen für Beschäftigte, die im beruflichen Alltag diskriminiert werden: durch den Dienstherrn, durch Vorgesetzte, durch Kolleg*innen, schon im Bewerbungsverfahren, bei Durchführung des Dienstverhältnisses (etwa Entgeltungleichheit) und bei dessen Beendigung, etwa bei der Kündigung.

Ziel dieses Seminars ist es, Sie als Nichtjuristin als potenzielle erste Ansprechperson für Rechtsfragen in diesem Zusammenhang zu stärken. Sie erhalten einen Einblick, wann zulässig ungleichbehandelt und wann unzulässig diskriminiert wird, und welche rechtlichen Möglichkeiten Betroffene jeweils haben. Sie arbeiten anhand des Gesetzestextes und besprechen zahlreiche Praxisfälle.

Themen dieser Einführung sind:

- Grundlagen des deutschen Dienst- und Arbeitsrechtes
- Durchführung des Bewerbungsverfahrens
- Teilzeit, Elternzeit und Pflegezeit
- Entgeltgleichheit
- Abmahnung
- Kündigungsschutz

Bitte beachten Sie, dass das Seminar weder das Landesgleichstellungsgesetz noch das Bundesgleichstellungsgesetz zum Inhalt hat. Grundlagen des Seminars sind das deutsche und europäische Arbeitsrecht.

Referentin: Prof. Dr. Katharina Dahm (Hochschule Mainz)

Termin: Di. und Mi., 13./14. Mai 2025, 09:30-16:30 Uhr

Anmeldung: [ZWW-Seminarshop](#)

Seminar: Diversity-Kompetenz – Sensibilisierung für den Umgang mit Vielfalt

Der Begriff „Diversity“ ist in aller Munde und heißt übersetzt „Vielfalt“. Ziel des Seminares ist es, Sie in Ihrer Funktion als Gleichstellungsbeauftragte für den Umgang mit dieser Vielfalt zu sensibilisieren und Ihre Diversity-Kompetenz zu stärken. Diversitätssensibilität ist jedoch weniger eine erlernbare Technik als eine selbstreflexive Haltung, die immer dann wichtig wird, wenn wir Nicht-Vertrautem begegnen.

Im November 2022 hat das Bundeskabinett einen deutschlandweiten Aktionsplan mit dem Titel „Quer leben“ verabschiedet. Dieser soll die Akzeptanz und den Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt stärken. Gleichzeitig möchte die Bundesregierung damit Querfeindlichkeit entgegenwirken. Dies kann auch Ihre Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte beeinflussen. Schutz vor Feindlichkeit am Arbeitsplatz ist ein zentrales Ziel des Aktionsplans. Das gilt insbesondere für den öffentlichen Dienst, dem eine Vorbildfunktion zukommt. Daher ist eine Sensibilisierung für die Belange notwendig.

Nach einem Input und Übungen zum Thema Diversität am Vormittag, wird Diana Gläßer am Nachmittag Grundlagen zur sexuellen und geschlechtlichen Identität vermitteln, insbesondere auf die Thematik queerfeindlicher Hasskriminalität und Heteronormativität/Coming Out am Arbeitsplatz eingehen, damit Diskriminierung von LSBTI* Personen klar entgegengewirkt werden kann.

Referentinnen: **Dr. Ulrike Weymann** (Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung, JGU)
 Diana Gläßer (Ansprechpartnerin LSBTI* der Polizei Rheinland-Pfalz)

Termin: **Mi., 11. Juni 2025, 09:30-16:30 Uhr**

Anmeldung: [ZWW-Seminarshop](#)

Seminar: Sexuelle Belästigung und Diskriminierung am Arbeitsplatz

Im beruflichen Umfeld führt das Thema „Sexuelle Belästigung und Diskriminierung am Arbeitsplatz“ nicht selten zu Unsicherheit, Hilflosigkeit und Widerstand.

Ziel dieses Seminars ist es, Sie in Ihrem beruflichen Alltag als potentielle Ansprechperson weiter zu stärken, mit solchen Situationen umzugehen, zu verstehen und die eigene (berufliche) Rolle und deren Grenzen zu begreifen.

Inhalte der Veranstaltung sind:

- Erkennen der eigenen Einstellungen und Haltungen zum Thema
- Begriffsdefinitionen und rechtliche Grundlagen
- Sensibilisierung für Handlungsweisen von Betroffenen
- Erkennen von Geschlechtsstereotypen und Rollenzuschreibungen
- Handlungsmöglichkeiten – vom Hörensagen über das erste Gespräch bis zur stabilen Unterstützung
- Strukturelle Vorgehensweisen abstimmen
- Erkennen der individuellen Grenzen und der Grenzen des eigenen beruflichen Handelns durch vorgegebene Rahmenbedingungen

Referentinnen: **Anette Diehl und Emma Leonhardt** (Frauennotruf Mainz)

Termin: **Di., 5. August 2025, 09:30-16:30 Uhr**

Anmeldung: [ZWW-Seminarshop](#)

Information und Beratung

Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung
Sabine Weis
Forum universitatis 1
55099 Mainz
Tel.: 06131/39-26241
E-Mail: weis@zww.uni-mainz.de

Website und Online-Anmeldung:
<https://www.zww.uni-mainz.de>

News:

Podcastreihe Hinschauen! – Unterstützung von Personen, die von sexueller Belästigung betroffen sind

Die Podcastreihe, der Stabstelle Gleichstellung und Diversität der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, richtet sich an alle Personen, die in ihrem Führungs- oder Betreuungshandeln mit der Frage konfrontiert sind, wie sie von sexualisierter Belästigung und Gewalt betroffene Personen bestmöglich unterstützen können. Es kann vorkommen, dass Führungskräfte wenig Erfahrung und Routine im Umgang mit solchen Situationen haben, deshalb möchte diese Reihe unterstützen und erste Impulse geben. Die Podcastreihe versteht sich dabei als ein reines Sensibilisierungsangebot, das zu einer – in jedem Fall – auf die individuelle Situation angepassten Vorgehensweise entlang der geltenden Richtlinien anregen möchte. In der Podcastreihe sprechen die Mitarbeiterinnen der Stabstelle mit Anette Diehl und Sabine Wollstädter vom Frauennotruf Mainz e.V.

Hier geht es zu den bisherigen Folgen: <https://gleichstellung.uni-mainz.de/podcast-2023/>

Menschenrechtsinstitut mahnt zu mehr Schutz von Frauen

Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) drängt zur Umsetzung der Istanbul-Konvention. Deutschland hat das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt im Oktober 2017 ratifiziert; am 01.02.2018 trat es in Kraft. Doch auch sechs Jahre später fehle noch immer eine nationale Strategie zur Umsetzung, kritisierte die Direktorin des Menschenrechtsinstituts, Beate Rudolf, in einer Sitzung des Bundestags-Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe.

Konkret drängte die „DIMR“-Direktorin zu einer raschen Reform des Umgangs- und Sorgerechts, um das Gewaltschutzinteresse des Elternteils und der Kinder „angemessen zu berücksichtigen“. Gleichzeitig brauche es einen „flächendeckenden Zugang zu Schutz und Beratung für alle Frauen mit ihren besonderen Bedürfnissen wie Sprachkenntnissen oder Behinderungen“. Fachkräfte bei Gericht und Polizei, genauso wie im Jugendamt und in der Medizin, müssten für das Thema zudem sensibilisiert werden, sagte Rudolf. Insbesondere dürften die nationale Gewaltschutzstrategie sowie eine nationale Koordinierungsstelle nicht länger fehlen.

Quelle: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1028498>

Bundestag beschließt Entwurf eines Gesetzes für ein verlässliches Hilfesystem bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt

Der Bundestag hat einen Entwurf für ein Gewalthilfegesetz in 2./3. Lesung beschlossen. Das Gewalthilfegesetz stellt erstmals bundesgesetzlich sicher, dass gewaltbetroffene Frauen einen kostenfreien Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung haben. Damit schafft das Gesetz den Rahmen für ein verlässliches Hilfesystem. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat den Gesetzesentwurf in umfangreicher Abstimmung mit Ländern, kommunalen Spitzenverbänden und der Zivilgesellschaft erarbeitet.

Das Gewalthilfegesetz:

Das Gesetz stellt eine eigenständige fachgesetzliche Grundlage für ein verlässliches und bedarfsgerechtes Hilfesystem bei häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen dar. Es konkretisiert staatliche Schutzpflichten aus dem Grundgesetz und Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention. Herzstück des Entwurfs ist ein Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt für Frauen und ihre Kinder. Dieser tritt am 1. Januar 2032 in Kraft. Damit sollen die Länder genug Zeit haben, ihre Hilfesysteme entsprechend auszubauen. Das Gesetz muss noch vom Bundesrat beschlossen werden.

Ziele:

- Schutz von Frauen und ihren Kindern vor häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt
- Intervention bei Gewalt
- Milderung der Folgen von Gewalt
- Prävention, um Gewalthandlungen vorzubeugen oder zu verhindern

Vorgesehene Maßnahmen:

- Bereitstellung von ausreichenden, bedarfsgerechten und kostenfreien Schutz-, Beratungs- sowie Unterstützungsangeboten für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder
- Maßnahmen zur Prävention, einschließlich Täterarbeit und Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung der strukturierten Vernetzungsarbeit innerhalb des spezialisierten Hilfesystems und des Hilfesystems mit allgemeinen Hilfsdiensten
- Bundesbeteiligung an der Finanzierung des Hilfesystems mit 2,6 Milliarden Euro bis 2036

Quelle: www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/wichtiger-schritt-im-kampf-gegen-gewalt-an-frauen-255292

Neue Zahlen zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen in Deutschland

Eine aktuelle Berechnung, die im Auftrag der DGB-Frauen durchgeführt wurde, zeigt auf, dass über die Hälfte der erwerbstätigen Frauen (53 Prozent) mit ihrem eigenen Einkommen nicht ihre Existenz über den gesamten Lebensverlauf absichern kann. Noch drastischer ist die Situation, wenn Kinder ins Spiel kommen: 70 Prozent der erwerbstätigen Frauen verdienen nicht genug, um langfristig für sich und ein Kind vorzusorgen. Das bedeutet, so die Auswertung, dass sie in Phasen der Erwerbslosigkeit – sei es durch Arbeitsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit oder im Ruhestand – nicht ausreichend abgesichert sind.

Quelle: [DGB frauen](#)

6. Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes des Landes Rheinland-Pfalz

Der sechste Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes des Landes Rheinland-Pfalz ist dem Landtag zugeleitet worden und kann sowohl auf der Homepage des MFFKI als auch auf unserer Seite abgerufen werden.

Der aktuelle Umsetzungsbericht knüpft, wie die bisherigen Berichte auch, an den Vorgängerbericht an und dokumentiert die weitere Entwicklung.

Den Bericht finden sie unter: https://www.gleichstellungsbeauftragte-rlp.de/wp-content/uploads/2025/02/6_Bericht_Umsetzung-Landesgleichstellungsgesetzes.pdf

V. i. S. d. P.

Sabine Weis

Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
55099 Mainz
T: 06131/39-26241
E: weis@zww.uni-mainz.de